

Antrag

der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Daniela Wagner, Lisa Paus, Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Dr. Valerie Wilms, Cornelia Behm, Harald Ebner, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Dr. Hermann E. Ott, Dorothea Steiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Städtebauliche Qualität des Regierungsviertels verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Regierungsviertel existieren kaum öffentlich zugängliche Nutzungen. Auch bei Neubaumaßnahmen werden bisher keine Anstrengungen unternommen, dies zu ändern. So wird beispielsweise am Kapelle-Ufer ein Neubau des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an städtebaulich zentraler Stelle entstehen, östlich des Berliner Hauptbahnhofes, unmittelbar am Spreebogen und gegenüber von Bundeskanzleramt und Reichstagsgebäude. Im Gegensatz zum Jakob-Kaiser-Haus (Abgeordnetenbüros) sind für den Neubau des BMBF keine Ladengeschäfte wie z. B. ein Buchladen oder eine Bäckerei geplant. Die Bundesregierung hat dazu auf eine Schriftliche Frage der Abgeordneten Bettina Herlitzius erläutert, dass sicherheitstechnische Richtlinien öffentliche Nutzungen aufgrund der „aktuellen Bedrohungslage“ nicht mehr zulassen. So entsteht ein weiterer abgeschotteter Bürobau an einem Ort, der einen öffentlichen Charakter hatte. Durch die Besucherinnen und Besucher des Bundespressestrands und später durch das Camp der Occupy-Bewegung wurde der Ort von verschiedensten Gruppen genutzt. Mit den jetzigen Planungen werden die Befürchtungen gestärkt, dass die ganze Spreelinie ein verschlossenes Areal sein wird. Öffentlich zugängliche Nutzungen im Regierungsviertel werden weiter zurückgedrängt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Konzept zu entwickeln, das unter Berücksichtigung der Sicherheitsfragen eine öffentliche Nutzung der Erdgeschosse in Bundesbauten erlaubt;
2. ein städtebauliches Konzept für mehr öffentlich zugängliche Nutzungen im Regierungsviertel zu entwickeln;
3. bei dem geplanten „Haus der Zukunft“, das neben dem BMBF-Neubau entstehen soll, eine öffentliche Nutzung umzusetzen;
4. bei dem aktuellen Bau des BMBF eine öffentliche Erdgeschossnutzung zu prüfen und ein entsprechendes Konzept vorzulegen;

5. Nutzungskonzepte für Flächenüberkapazitäten in Bundesbauten zu erarbeiten.

Berlin, den 27. März 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung hat die Verantwortung für die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundesministerien. Trotzdem darf sie sich nicht von einer abstrakten Bedrohungslage in einem solchen Maße einschränken lassen, dass die Öffentlichkeit komplett außen vor bleibt oder die sinnvolle Nutzung von Bundesimmobilien nicht mehr möglich ist. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sollte zusammen mit den Fachministerien Lösungen entwickeln, die höchsten sicherheitstechnischen Ansprüchen genügen, ohne die städtebauliche Perspektive für das Zentrum der Hauptstadt zu vernachlässigen.

Auch im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gibt es öffentlich zugängliche Cafés. Beim Neubau des BMFSFJ wurde die Frage gestellt, wie „kann die heute erwartete hohe Sicherheitsstufe gewährleistet, wie kann den Vorgaben des Bundeskriminalamts entsprochen werden, ohne das Haus abzuschotten und in seiner Nachbarschaft zu isolieren?“ (Jahrbuch Bau und Raum 2009/10 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung). Offensichtlich wurden für das BMFSFJ Lösungen gefunden. So heißt es im Jahrbuch weiter: „Wie in allen Ministerien inzwischen angestrebt, gibt es auch hier einen der Öffentlichkeit zugänglichen Bereich. Ein einladendes Besucherzentrum im Erdgeschoss des Neubaus mit Zugängen zu den Konferenz- und Schulungsräumen signalisiert Offenheit und Bürgernähe des Ministeriums. Ohne jede Zugangsbeschränkung öffnet das Bistro in der Südwestecke des Ensembles ...“